

DER LANDTAG

SCHLESWIG - HOLSTEIN

1/2001

Kiel, 08.01.01

Es gilt das gesprochene Wort!

Landtagspräsident Heinz-Werner Arens: Bilder gegen das Vergessen sind eine Mahnung, heute Verantwortung zu übernehmen

Kiel (SHL) – Landtagspräsident Heinz-Werner Arens eröffnet heute um 19:00 Uhr in der Eutiner Kreisbibliothek eine Ausstellung mit Bildern von Helga Weissová, die sie als Kind während ihrer Internierung in Theresienstadt in der Zeit des Nationalsozialismus gezeichnet hat. In seiner Rede sagte der Landtagspräsident:

„Zeichne, was Du siehst“ - das war die Aufforderung des Vaters von Helga Weissová, nachdem sie ihm ein Bild vom Leben aus dem Ghetto in Theresienstadt übergeben hat. Diesem Wunsch ihres Vaters folgend, entstanden die einzigen Bilddokumente über das Ghetto in Theresienstadt.

Es sind Momentaufnahmen, die uns Zeugnis der Zeit aus dem Leben in Theresienstadt sind, die uns Zeugnis des Leidens durch den national-sozialistischen Terror, die uns Zeugnis der Folgen deutschen Handelns sind. Diese Bilder lassen sich nicht lediglich als Ausdrucksform der Kunst betrachten - und das ist auch nicht ihr Sinn. Sie entspringen nicht der Phantasie der Künstlerin, sie wollen uns nicht entführen in eine unentdeckte Welt.

Die Bilder sollen uns zeigen, wie es tatsächlich war. Und sie sollen uns erinnern an das, was durch die Nationalsozialisten und deren Verfolgungspolitik ange-richtet worden ist. Die Zeichnungen sind - nach dem Wunsch des Vaters - Darstellungen des täglichen Lebens der Menschen aus dem Ghetto. Obwohl es ein tägliches Leben im Sinne der Worte als „Alltäglichkeit“ in Theresienstadt nicht gegeben hat. Die damalige Realität grenzte mit der täglichen Not, dem Zwang zur Improvisation und der ständigen Peinigungen durch die Nationalsozialisten in menschlichen Maßstäben eher an Irrealität, gelebter Irrealität, die doch so real war. Zum weiteren Verständnis

will ich einiges zu den Lebensumständen in dem Ghetto Theresienstadt sagen, soweit sie sich heute noch nachvollziehen lassen.

In den Jahren 1941-1945 wurden insgesamt circa 140.000 Menschen interniert, zu meist Juden aus den Protektoraten Böhmen und Mähren, aber auch aus Mittel- und Westeuropa. Es existieren keine genauen Zahlen, aber bis auf insgesamt 15.000 - bei Übergabe Theresienstadts befanden sich nur noch 11.800 Einwohner dort - sind alle Bewohner deportiert und getötet worden oder in Theresienstadt an Seuchen gestorben. Weniger als jeder 10. hat überlebt.

Prägende Merkmale des Alltags in Theresienstadt waren Überbevölkerung, fehlende sanitäre Einrichtungen und ein erheblicher Mangel an Lebensmitteln.

Von den Nationalsozialisten wurde Theresienstadt gerne als „jüdische Mustersiedlung“ dargestellt. In Zeitungen stand sogar wortwörtlich „Hitler schenkt den Juden eine Stadt“. Von jüdischer Seite wurde dieser menschenverachtende Schein sogar aufrechterhalten, in der stillen Hoffnung, somit Deportationen aus Theresienstadt in die Todeslager verhindern zu können. Diese Hoffnung erfüllte sich jedoch nicht.

Es fällt mir immer wieder schwer, dem Leben im Nationalsozialismus und den Folgen zu begegnen: Die Auseinandersetzung mit dem unsäglichen Leid und der Leidensfähigkeit der Opfer.

Die Fassungslosigkeit vor dem seelenlosen Handeln so vieler Deutscher zur Durchsetzung der grauenhaften national-sozialistischen Ziele. Die Frage nach der Verantwortung gegenüber den Opfern der Verfolgung und des Krieges durch das deutsche Unrecht. Als Mensch bringt es mich immer noch in blankes Entsetzen!
Als Deutscher in tiefste Scham!

Es ist individuell einfach, je weiter man sich zeitlich von der Zeit des Terrors entfernt, die Verantwortung zur Seite zu schieben. Wer das macht, der übersieht meiner Ansicht nach, dass die Verantwortung nicht an ein Haltbarkeitsdatum geknüpft ist. Verantwortung aus vergangenen Taten eröffnet auch immer Verantwortlichkeit für die Gestaltung der Gegenwart und Zukunft.

Vor diesem Hintergrund ist es mir unverständlich, dass sich Teile der deutschen Industrie mit Zahlungen an den Stiftungsfond Zwangsarbeiterentschädigung so schwer tun. Der Schaden, der der deutschen Industrie bei Nichtaufbringen der vereinbarten Gesamtsumme entstünde, wäre zudem weitaus höher als die aufzubringende Summe.

Die Verantwortung aus den Gräueltaten der Nationalsozialisten erfordert zudem die stetige Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsradikalismus. Rechtsradikalismus und die Folgen müssen regelmäßig vor Augen gehalten werden, damit nicht vergessen oder verdrängt werden kann.

Dazu eignet sich die Ausstellung von Frau Weissová ausgezeichnet, denn die Bilder fordern die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und das Gespräch darüber heraus. Sprechen über Rechtsradikalismus ist auch aufgrund der vielen Übergriffe von Rechtsextremen in neuester Zeit das Gebot der Stunde. Worüber reden wir? Synagogen werden beschmutzt, Ausländer durch die Straßen gejagt oder zu Tode getreten, Aufmärsche von Rechtsextremen und Symphatisanten finden statt. Das sind Vorfälle, mit denen wir zur Zeit fast täglich konfrontiert werden. Aktuelle Zahlen aus der Zeitung „Die Zeit“, Mitte Dezember, weisen ein sehr bedrückendes Bild über rechtsextreme Entwicklungen aus: Danach wird der sogenannte „harte Kern“ der rechtsextremen Szene auf ca. 8000 Menschen geschätzt. Der Bevölkerungsanteil, der mit einem geschlossenen rechtsnationalen beziehungsweise rechtsextremen Weltbild in Deutschland lebt, wird auf 15% geschätzt. Das sind Millionen von Menschen.

17% unserer Bevölkerung halten den Nationalsozialismus auch heute noch im Grunde für eine gute Idee. 6% aller Deutschen finden Adolf Hitler bewundernswert. Nüchterne, erschreckende Zahlen.

Die Auswirkungen aus diesen Fakten sind in der Welt nicht unbemerkt geblieben. So wird in neueren amerikanischen Reiseführern explizit darauf hingewiesen, dass in einigen Teilen Berlins sowie in den Neuen Bundesländern Übergriffe gegen ausländische Besucher wahrscheinlich sind. Dementsprechend solle man Vorsicht walten lassen.

Rechtsextremismus war nie ein rein deutsches Problem, aber es ist ein Problem insbesondere deutscher Verantwortung, sich mit aller Entschiedenheit und Entschlossenheit gegen den Rechtsextremismus zu stellen. Das Wiederaufkeimen von rechtsextremer Gewalt schafft Wut in vielen, auch in mir. Wut über die Unbelehrbarkeit derer, die nichts aus der Vergangenheit gelernt haben, die leugnen statt lernen, für die Fremde eher Feinde als mögliche Freunde sind. Nun ist Wut kein guter Ratgeber. Unsere Reaktion muss sich auf das beschränken, was wir uns durch Recht und Gesetz auferlegt haben. Diese Mittel jedoch müssen voll ausgeschöpft werden. Vor diesem Hintergrund halte ich eine tiefgründige Diskussion, ob es riskiert werden soll, die NPD als Partei zu verbieten oder nicht, für überflüssig. Es kann nicht ernsthaft im Vordergrund stehen, dass durch ein Verbot die Beobachtung der rechtsex-

tremen Szene erheblich erschwert wird. Es kann auch nicht ernsthaft im Vordergrund stehen, dass ein Prozess vor dem Bundesverfassungsgericht eventuell verloren gehen könnte. Ernsthaft im Vordergrund kann nur stehen, dass ein deutliches Signal gegeben wird:

Wir wenden uns in aller Entschiedenheit gegen den Rechtsextremismus in allen seinen Ausprägungen. Wir wenden uns in aller Entschiedenheit gegen die NPD als sichtbares Zeichen des existierenden Rechtsextremismus in Deutschland. Der Versuch des Verbots der NPD ist das deutlichste Signal, was diese Entschiedenheit zum Ausdruck bringen kann. Allein die Willensbekundung, der Versuch an sich ist dabei aus meiner Sicht genauso wichtig wie ein Verbot. Auch die Bilder dieser Ausstellung sind Signale gegen das Vergessen und Aufforderung an jede einzelne und jeden einzelnen, sich zu erinnern und gegen den rechteextremen Wahnsinn zu engagieren.

In Abwesenheit von Frau Weissová möchte ich ihr und den Organisatoren danken, dass diese Ausstellung hier in Eutin ermöglicht werden konnte. Ich hoffe, dass möglichst viele Menschen die Möglichkeit nutzen, diese Ausstellung zu besuchen und sich über die Bilder mit dem Thema Rechtsextremismus auseinander zusetzen.

Ich möchte die Gelegenheit auch nutzen, um auf die Gedenkveranstaltung für die Opfer des Holocaust des Schleswig-Holsteinischen Landtags am 27. Januar im Kieler Schloss hinzuweisen, zu der Sie alle herzlich eingeladen sind. Auch dort werden begleitend zur Veranstaltung Bilder von Frau Weissová zu sehen sein.

Die wenigsten von uns sind heute noch verantwortlich für die Taten des Nationalsozialismus, aber wir alle haben Verantwortung in uns!

Herausgeber: Pressestelle des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel,
Postf. 7121, 24171 Kiel, Tel.: (0431) 988- Durchwahl -1163, -1121, -1120, -1117, -1116, Fax: (0431) 988-1119 V.i.S.d.P.: Dr. Joachim Köhler, E-Mail: Joachim.Koehler@ltsh.landsh.de. Internet: <http://www.sh-landtag.de>